

N i e d e r s c h r i f t
über die 53. - öffentliche - Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Energie und Klimaschutz
am 31. März 2025
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Deichgesetzes und des Niedersächsischen Justizgesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/6703](#)
Beginn der Beratung - Verfahrensfragen 4

2. a) **Kranichnistplätze sichern - Moorflächen von beeinträchtigendem Bewuchs befreien**
Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/2702](#)

b) **Klimaschutz durch Moorbodenschutz: Daten- und Wissenslücken jetzt schließen!**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2709](#)

c) **Moorbodenschutz gemeinsam mit den Menschen in Niedersachsen gestalten:
Klima schützen - Wertschöpfung sichern - Akzeptanz bewahren**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2710](#)

d) **Niedersachsens Mooroffensive vorantreiben**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3658](#)

Fortsetzung der Beratung 5
Beschlüsse 7

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Marie Kollenrott (GRÜNE), Vorsitzende
2. Abg. Nico Bloem (SPD)
3. Abg. Alexander Saade (i. V. d. Abg. Marcus Bosse) (SPD) (Teilnahme per Videokonferenztechnik)
4. Abg. Thordies Hanisch (SPD)
5. Abg. Gerd Hujahn (SPD) (Teilnahme per Videokonferenztechnik)
6. Abg. Christoph Willeke (SPD)
7. Abg. Verena Kämmerling (CDU)
8. Abg. Uwe Dorendorf (i. V. d. Abg. Heike Koehler) (CDU) (Teilnahme per Videokonferenztechnik)
9. Abg. Axel Miesner (CDU) (Teilnahme per Videokonferenztechnik)
10. Abg. Jonas Pohlmann (CDU)
11. Abg. Britta Kellermann (GRÜNE)
12. Abg. Dr. Ingo Kerzel (AfD)

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Ministerialrat Dr. Müller-Rüster.

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrätin Lange.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Dr. Bäse, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 14:01 Uhr bis 14:29 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:

Kostbares Land: produktionsintegrierte Kompensation stärken, Wildwuchs beenden, Flächenbedarf verringern und Genehmigungsverfahren beschleunigen!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/5973](#)

Verfahrensfragen

Abg. **Verena Kämmerling** (CDU) kündigt an, ihre Fraktion werde noch einige Fragen zu dem Antrag bzw. zu der in der 52. Sitzung erfolgten Unterrichtung schriftlich an das MU richten. - Der **Ausschuss** kommt überein, die Beratung des Antrags erst nach der schriftlichen Beantwortung dieser Fragen sowie deren Auswertung fortzusetzen.

Tagesordnungspunkt 1:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Deichgesetzes und des Niedersächsischen Justizgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/6703](#)

Erste Beratung: 62. Sitzung am 26.03.2025

federführend: AfUEuK;

mitberatend: AfRuV

Beginn der Beratung - Verfahrensfragen

Auf Vorschlag von Abg. **Britta Kellermann** (GRÜNE) verständigt sich der **Ausschuss** einmütig auf folgendes Verfahren:

Er bittet die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung zu dem Gesetzentwurf, nach Möglichkeit am 28. April 2025.

Eine schriftliche Anhörung soll nach dem Schlüssel 2/2/1/1 durchgeführt werden. Die Fraktionen werden gebeten, die Anzuhörenden bis zum 2. April 2025, 12 Uhr, gegenüber der Landtagsverwaltung zu benennen.

Außerdem wird der Ausschuss für Inneres und Sport um die Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 4 GO LT zu den ihn betreffenden Aspekten gebeten.

Zur Zeitplanung erläutert Vors. Abg. **Marie Kollenrott** (GRÜNE), es werde angestrebt, die Beratung des Gesetzentwurfs so zu terminieren, dass er im Juni-Plenum abschließend behandelt werden könne. Um für die Beratung genügend Zeit einzuräumen, würden zusätzliche Sitzungen des Ausschusses am 20. Mai sowie am 10. Juni 2025 vorgesehen. - Der **Ausschuss** signalisiert seine Zustimmung zu dieser Zeitplanung.

*

Folgende Anzuhörende werden, zum Teil im Nachgang zur Sitzung, benannt:

- *Landvolk Niedersachsen - Landesbauernverband e. V. (SPD)*
- *Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände (SPD)*
- *Leda-Jümme-Verband (CDU)*
- *Haus & Grund Niedersachsen, Landesverband Niedersächsischer Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer-Vereine e. V. (CDU)*
- *Wasserverbandstag Niedersachsen e. V. (GRÜNE)*

Tagesordnungspunkt 2:

a) Kranichnistplätze sichern - Moorflächen von beeinträchtigendem Bewuchs befreien

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/2702](#)

b) Klimaschutz durch Moorbodenschutz: Daten- und Wissenslücken jetzt schließen!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2709](#)

c) Moorbodenschutz gemeinsam mit den Menschen in Niedersachsen gestalten: Klima schützen - Wertschöpfung sichern - Akzeptanz bewahren

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2710](#)

d) Niedersachsens Mooroffensive vorantreiben

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3658](#)

Zu a) erste Beratung: 25. Plenarsitzung am 09.11.2023

AfUEuK

Zu b) direkt überwiesen am 01.11.2023

federführend: AfUEuK;

mitberatend: AfELuV;

mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 2 GO LT: AfHuF

Zu c) erste Beratung: 26. Plenarsitzung am 10.11.2023

federführend: AfUEuK;

mitberatend: AfWVBuD, AfELuV;

mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHuF

Zu d) erste Beratung: 36. Plenarsitzung am 15.03.2024

federführend: AfUEuK;

mitberatend: AfWVBuD; AfELuV; AfBuEuR;

mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHuF

Zu a) bis d) zuletzt beraten: 38. Sitzung am 02.09.2024 (Anhörung); in der 52. Sitzung am 17.03.2025 von der Tagesordnung abgesetzt

Fortsetzung der Beratung

Beratungsgrundlagen:

zu b) Änderungsvorschlag der Fraktion der CDU (Vorlage 8)

zu c) Änderungsvorschlag der Fraktion der CDU (Vorlage 7)

zu d) Änderungsvorschlag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Vorlage 7)

Abg. **Verena Kämmerling** (CDU) erläutert, der am 28. März 2025 zum Antrag „Klimaschutz durch Moorbodenschutz ...“ ([Drs. 19/2709](#)) als Vorlage 8 vorgelegte Änderungsvorschlag ersetze den

15 Tage älteren Änderungsvorschlag (Vorlage 7), der erweitert werde. Der neue Änderungsvorschlag ziele ergänzend darauf ab, Wissen auch zu Wertschöpfungspotenzialen auf der Grundlage alternativer Nutzungen von teilweise oder ganz wiedervernässten Flächen und zu darauf basierenden Wertschöpfungsketten aufzubauen.

In Bezug auf den Antrag „Moorbodenschutz gemeinsam mit den Menschen ... gestalten ...“ ([Drs. 19/2710](#)) halte die CDU-Fraktion die Einbeziehung der Flächeneigentümer für besonders wichtig. Moorwiedervernässungen sollten nur auf Flächen erfolgen, die sich - gegebenenfalls nach Flurbereinigungsverfahren - im Eigentum der öffentlichen Hand befänden.

Im Übrigen halte die CDU-Fraktion an den Anträgen - jeweils in der Fassung des aktuellen Änderungsvorschlags - fest.

Abg. **Britta Kellermann** (GRÜNE) führt aus, der Änderungsvorschlag der Koalitionsfraktionen zum Antrag „Niedersachsens Mooroffensive vorantreiben“ ([Drs. 19/3658](#)) stelle eine Weiterentwicklung des Entschließungstextes auf der Grundlage der wichtig erscheinenden Ergebnisse der Anhörung dar. So würden nun - neben weiteren - wesentliche Punkte

- wie die stärkere Einbindung der Umweltverbände bei der Nutzung vorhandener Kompetenzen (Nr. 1),
- wie Paludikulturen und die moorschonende Bewirtschaftung von Grünland als weitere neue Bewirtschaftungsformen (Nr. 2) und weitere Aspekte
- zur Entwicklung einer Landesstrategie Moorbodenschutz (unter anderem Anpassung des Wassermengenmanagements an den Klimawandel)

berücksichtigt.

Der soeben von Abg. Frau Kämmerling genannte Aspekt der Wertschöpfungsketten sei übrigens auch im Änderungsvorschlag der Koalitionsfraktionen erwähnt, nämlich unter Nr. 13; in ähnlicher Form sei er bereits als Nr. 14 in der ursprünglichen Fassung dieses Antrags enthalten.

Betrachte man die vorliegenden vier Anträge, so werde nach Ansicht der Koalitionsfraktionen deutlich, dass ihr Antrag in der Fassung der Vorlage 7 das Thema umfassend aufgreife und am weitesten gehe. Dieser sollte deshalb angenommen werden, während die übrigen drei Anträge abgelehnt werden sollten.

Abschließend weist sie darauf hin, dass in Nr. 15 der Name des erwähnten Zentrums versehentlich falsch wiedergegeben und deshalb zu berichtigen sei, sodass sich dort dieser Anfang ergebe:

„15. das Grünlandzentrum Niedersachsen/Bremen weiterhin ...“

Die Abgeordnete beantragt, nun über Beschlussempfehlungen an den Landtag abzustimmen.

Abg. **Verena Kämmerling** (CDU) wirbt für die Annahme der beiden Anträge ihrer Fraktion. Sicherlich umfasse der Antrag der Koalitionsfraktionen in der nun vorliegenden Fassung eine Vielzahl von Aspekten, aber leider nur in der Form eines großen, „blumigen“ Prüfauftrags. An der Stelle wäre aus Sicht der CDU-Fraktion mehr Mut notwendig gewesen.

Auch sie spricht sich für die Abstimmung über Beschlussempfehlungen in dieser Sitzung aus.

Beschlüsse

- a) Der **Ausschuss** empfiehlt dem Landtag, den Antrag der AfD-Fraktion in Drucksache 19/2702 abzulehnen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

- b) Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, den Antrag der CDU-Fraktion in Drucksache 19/2709 abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU

Enthaltung: AfD

Die Beschlussempfehlung ergeht vorbehaltlich der Voten der mitberatenden Ausschüsse (AfELuV, AfHuF).

- c) Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, den Antrag der CDU-Fraktion in Drucksache 19/2710 abzulehnen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU

Enthaltung: AfD

Die Beschlussempfehlung ergeht vorbehaltlich der Voten der mitberatenden Ausschüsse (AfWVBuD, AfELuV, AfHuF).

- d) Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, den Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen in Drucksache 19/3658 in geänderter Fassung (Vorlage 7 zuzüglich der mündlich vorgetragenen Änderung) anzunehmen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

Die Beschlussempfehlung ergeht vorbehaltlich der Voten der mitberatenden Ausschüsse (AfWVBuD, AfELuV, AfBuEuR, AfHuF).
